

S&D

WIR IN
EUROPA

Die SPD-Abgeordneten – Fraktion der
Sozialdemokraten im Europäischen Parlament



20 Jahre für Nord- und Osthessen im Europäischen Parlament Mein Abschlussbericht

Barbara Weiler MdEP

Ein 20-Milliarden-Euro-Markt

EU-Initiative von Barbara Weiler soll Kooperation von Kommunen und Unternehmen klären



Unser Redakteur Michael Kraft berichtet aus STRASSBURG
 Dem Bürostuhl, auf dem Ulrich...
 Die gerade abgeschlossene...
 Barbra Weiler...
 Die gerade abgeschlossene...
 Barbra Weiler...
 Die gerade abgeschlossene...
 Barbra Weiler...



Gespräch mit EU-Kommissar: Rathauschefs pochen auf VW-Gesetz

15.02.2012, Baunatal. Für den Erhalt des VW-Gesetzes, das eine erweiterte Mitbestimmung und den großen Einfluss des Landes Niedersachsen auf den Konzern sichert, haben sich die Rathauschefs Manfred Schaub (Wolfburg) und Stephan Weil (Hannover) sowie Baunatal



Im Gespräch: Oberbürgermeister Stephan Weil (Hannover, vorn links), Abgeordnete Barbara Weiler (Nordhessen, von links), Rathauschef Manfred Schaub (Wolfburg) und Klaus Mohr (Baunatal).

Europaabgeordnete Barbara Weiler zu Besuch in der Winfriedschule

FULDA (kru). Gabe es die EU nicht, müsste man sie erfinden", ist sich die Europaabgeordnete Barbara Weiler (SPD) sicher. Um diese Begeisterung für den Staatenverbund zu verbreiten, war sie zu Besuch in der Fuldaer Winfriedschule und stellte sich dort den mitunter auch kritischen Fragen der Schüler.
 Vor allem gegen den Vorwurf, in der EU herrsche ein Demokratiedefizit, versicherte die Schülerin.



Foto: Katharina Ruppel

PERSONALIE Weiler beobachtet Wahl in Ukraine

Die ostthessische Europa-Abgeordnete Barbara Weiler (SPD) gehört zur Delegation von acht Straßburger Parlamentariern, die zur Beobachtung der Stichwahl am 26. Dezember in die Ukraine reist. „Ich freue mich, bei einer so wichtigen Wahlwiederholung dabei sein zu können“, so Weiler. Die Anwesenheit der Wahlbeobachter trage dazu bei, dass die Wahl demokratischen Ansprüchen genüge.



Wahlbeobachterin: Barbara Weiler. Archivfoto: Hajo Drabe

The clock is ticking

Barbara Weiler says that the late payment directive can bring a change to Europe's SMEs, and the changes are to start at the top.

One of the 10 principles in the SBA sought to meet the directive on late payments in commercial transactions. The original version from 2000 is widely viewed as being too weak to improve the payment behaviour substantially. Statistics show that public sector invoices have almost become normal practice. This causes enterprises which are generally efficient and productive to experience severe financial difficulties.

According to a March 2009 survey by Eurochamber – the umbrella organisation of European Chambers of Commerce – 60 per cent of SMEs complained about late payments – 60 per cent of SMEs complained about late payments – 60 per cent of SMEs complained about late payments – 60 per cent of SMEs complained about late payments.

The Commission is proposing that to combat this public authorities must pay within 30 days, whereas they will have to pay private, a compensation for recovery costs and a fine to pay interest, a compensation for recovery costs and a fine to pay interest, a compensation for recovery costs and a fine to pay interest.

Barbara Weiler says that the late payment directive can bring a change to Europe's SMEs, and the changes are to start at the top.

Osteuropäer herzlich willkommen?

Mit Feuerwerk und festlichen Reden wurden am 1. Mai 2004 zehn mittel- und osteuropäische Staaten in den Kreis der Mitgliedsländer der Europäischen Union aufgenommen. Ab dem 1. Mai 2011 dürfen die Arbeitnehmer dieser Länder in die EU einwandern.

BARBARA WEILER zur Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes für Arbeitnehmer aus Ost- und Mitteleuropa.



Die Autorin (64) ist SPD-Europaabgeordnete aus Fulda.

- 1.) Ausweitung des Mindestlohns für die Arbeitnehmer in den Mitgliedsstaaten der EU-Kommission Reformen angehen.
- 2.) Mindestlohn: Die SPD tritt für eine Europa gute Arbeit ein.
- 3.) Schnelle Umkehr der Lohnsenkungen und der Billiglohnkräfte.

Debatte: Wofür Brüssel künftig zahlt

Infoveranstaltung zur EU-Förderung ab 2014

KASSEL. „Europa investiert in die Zukunft der Regionen“ ist der Titel einer Informations- und Diskussionsveranstaltung am Freitag, 2. November, im Hotel La Strada. Dabei geht es um die Zukunft der EU-Regionalförderung ab 2014 und die finanziellen Auswirkungen der Brüsseler Planungen auf die Regionen.

out Look - Kunst im Europäischen Parlament in Brüssel



Kunstwerke der Blindenstudienanstalt Marburg – Jürgen Hertlein (Direktor), Schülerin Anja Braun und Barbara Weiler bei der Ausstellungseröffnung

Barbara WEILER und Pascal BARTHEL: "Waffenverkäufe einschränken"

Europaabgeordnete und nordhessische Jusos fordern mehr Transparenz beim Export von Rüstungsgütern

Rund 30 Prozent aller Waffenexporte stammen aus Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Einen traurigen Spitzenplatz nimmt dabei Deutschland ein: Nur Russland und die USA verkaufen mehr todtbringende Waren. Das Europaparlament hat

LIEBE GENOSSINNEN, LIEBE GENOSSEN, SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN,

2014 ist für mich ein besonderes Jahr. Nach zwei Jahrzehnten im Europäischen Parlament trete ich nicht erneut zu den Wahlen an.

Für mich als leidenschaftliche Europäerin ist es Privileg und Verpflichtung zugleich, die europäische Idee voranzutreiben. Es waren wunderschöne Jahre. Geprägt durch große und kleine Erfolge, viele Herausforderungen, aber auch – das möchte ich nicht verhehlen – schmerzliche Kompromisse. In meine Mandatszeit fielen zahlreiche Meilensteine: von der Euro-Einführung über die EU-Osterweiterung bis hin zur Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise.

Bei allen politischen Initiativen in Brüssel oder Straßburg war mir die Rückkopplung mit meinem Wahlkreis – mit Euch – immer wichtig und Ansporn.

Gerne erinnere ich mich an:

- die ausführlichen, auch kontroversen, Diskussionen zu unterschiedlichen EU-Themen in den SPD-Ortsvereinen und Arbeitsgemeinschaften
- die Kontakte zu Bürgermeister, Landräten, Gewerkschaftsvertretern, IHKs und Handwerkskammern bei Fragen zu Fördermitteln oder Anregungen zu Richtlinien bzw. Sorgen zu den Auswirkungen von EU-Gesetzen
- den konstruktiven Austausch mit dem VW-Betriebsrat zum Volkswagen-Gesetz, mit Conti in Korbach zur Chemikalienpolitik REACH, mit Juchheim in Fulda zu Normen und dem Zollkodex, mit Braun Melsungen zu Good Governance und Frauenförderung, mit Hessenforst zum ErgoWood-Projekt über Arbeitsschutz, mit Ferrero in Stadtallendorf zur Zukunft der Milchschnitte sowie mit vielen kleinen und mittleren Betrieben

Ich möchte allen Weggefährten danken für die offenen – gerade auch kritischen – Worte, die gute Zusammenarbeit und die interessanten Begegnungen. Ihr könnt sicher sein, dass ich einem solidarischen und geeinten Europa verbunden bleibe, von Nord- und Osthessen aus oder bei Entdeckungstouren durch unseren Kontinent.

Meldet Euch gerne auch in meinem „Unruhestand“ bei mir. Die Kanäle hierzu findet Ihr auf der letzten Seite.

Ich freue mich, künftig von Euch zu hören und wünsche alles Gute.

Eure Barbara Wiles



IN EUROPA AKTIV, IN HESSEN ZUHAUSE.

Ungezählte **Bürgeranfragen** haben mich in den vergangenen Jahren erreicht. Häufig konnte ich die benötigten Informationen recherchieren und Kontakte vermitteln.

- Migrantenbetreuung – EU-Förderung (Bad Hersfeld)
- Arbeitszeiten und Bereitschaftsdienste (Künzell)
- Regionale Entwicklungskonzepte – Wirkungsmonitoring (Marburg)
- Steuern auf Kraftstoffzufuhr nach Polen – Regelungen bei Hilfstransporten (Homburg/E.)
- Reisefreiheit für Schlittenhunde (Habichtswald)

Das aktuelle Geschehen in Europa, meine Arbeit im Parlament und in Nordhessen – das Neueste gab es in den

- ACTA endlich am Ende: Barbara Weiler und Jusos begrüßen Ablehnung
- Europäisches Gesetz gegen gefälschte Arzneien – Wenn Medikament krank machen
- Neues Öko-Siegel der EU – Kein Etikettenschwindel: Das EU-Biologo
- Bildung auf Rädern: Die mobile Bibliothek bringt Bücher aufs Land

Eine **Reise nach Brüssel oder Straßburg** ist *die* Gelegenheit, europapolitische Highlights sowie das Tagesgeschäft hautnah mitzuerleben. Schulklassen, kommunale Entscheidungsträger, Vereine, Genossinnen und Genossen –



Zivis und FSJ-ler Werra-Meißner-Kreis

An den vielen Anfragen ließ sich gut ablesen: das Interesse an Europa wächst. Eine schöne Entwicklung. Hier sind einige Beispiele aufgelistet.

- Verbraucherschutz bei Preisauszeichnungen (Kassel)
- Reform der gemeinsamen Agrarpolitik (Bad Arolsen)
- EU-Dienstleistungsrichtlinie: Stand der Umsetzung (Meißner)
- Möglichkeit zur Förderung von Kinderschutzprojekten (Bad Karlshafen)
- Spanisches Küstenschutzgesetz (Knüllwald)

Medien regelmäßig nachzulesen, u.a.:

- Frauenquote: Sprünge in der gläsernen Decke
- Ukraine: Ernüchterung nach der „Orangen Revolution“
- Europäische Bürgerinitiative: Bürger erhalten mehr Mitsprache auf EU-Ebene
- Scharfes Schwert gegen Lebensmittelspekulationen

sie alle habe ich immer wieder gerne ins Europäische Parlament eingeladen zu einem Informationsgespräch mit mir und einer Plenar- oder Ausschussteilnahme.



Ausländerbeiräte Landkreis Kassel

IM DIALOG

Es war mir immer ein Anliegen und eine Freude, mit Euch direkt ins Gespräch zu kommen, sei es bei den vielen **Diskussions- und Informationsveranstaltungen** oder auf der Straße. Es gab jede Menge Fragen, Auf-

munterung, auch Sorgen und Kritik. Ich habe gerne zugehört, diskutiert, zuweilen Hintergründe erklärt und versucht zu helfen, wo es ging.



Verkehrspolitische Konferenz in Kirchheim



Austausch mit Bertram Hilgen (OB Stadt Kassel)



Unterwegs mit der AfA im Bergbaumuseum Borken



Betriebsbesichtigung bei K+S



Besuch beim Städtepartnerschaftsverein Wahlsburg - St. Georges de Montaigu



Mit Azubis von Continental in Korbach



Equal Pay Aktion der ASF



Veranstaltung mit Avi Primor am 19. März 2014 20.00 Uhr Jüdische Gemeinde Marburg Liebigstr. 21a



Auf dem Wochenmarkt in Fulda



Bürgersprechstunde im Zentrum von Marburg

DIE ERSTE UND DIE LETZTE REDE IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT ...



... von den Europäischen Betriebsräten am 15. September 1994 ...

Weiler (PSE). - Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die deutschen Sozialdemokraten unterstützen die Richtlinie, besonders in der Fassung des Ausschusses. Die Mitbestimmung der Arbeitnehmer ist in Deutschland mehr denn je ein Element des sozialen und politischen Konsens und daher auch ein positiver Standortfaktor. Gerade deshalb ist es völlig unverstänlich, daß auf europäischer Ebene bei den ersten Schritten zu einer effektiveren Arbeitnehmervertretung ein großes Manko der deutschen Regelungen übernommen wird, nämlich die Tendenzschutzklausel. Wir Sozialdemokraten konnten die Streichung leider nicht durchsetzen. Aufgrund dieser Klausel wird den Mitgliedstaaten ermöglicht, besondere Vorschriften zu erlassen, um die Medienunternehmen zu privilegieren. Diese Klausel ist ein rein deutsches Kuriosum aus den zwanziger Jahren und beinhaltet eine Einschränkung der Arbeitnehmermitbestimmung vornehmlich bei Personalentscheidungen, aber auch hinsichtlich ihrer Information über die wirtschaftliche Situation des Unternehmens.

Die Kommission hat sich zu Recht in den letzten 20 Jahren bei allen fünf Entwürfen geweigert, diese Klausel aufzunehmen. Auch das Europäische Parlament hat in seiner Lesung am 4. Mai diese deutsche Spezialregelung abgelehnt. Erst auf ausdrückliche Initiative der deutschen Bundesregierung beim Europäischen Rat im Juni dieses Jahres wurde die Tendenzschutzklausel wieder in den Richtlinienvorschlag aufgenommen. Die Regierung Kohl hat deutlich gemacht, daß sie die Annahme der gesamten Richtlinie von der Existenz der Klausel abhängig machen will. Wir sind der Ansicht, daß eine solche Bestimmung in einer europäischen Richtlinie nichts zu suchen hat und daß sie sachlich unbegründet und überflüssig ist.

In Deutschland wird die Tendenzschutzklausel von Verlegerseite dazu eingesetzt, die Mitbestimmungs- und Informationsrechte der Arbeitnehmer in Medienunternehmen einzuschränken. Praktisch legalisiert die Klausel jedoch - wenn sie hier durchkommt - im Nachhinein eine Unternehmensführung, wie sie von Robert Maxwell praktiziert wurde nach dem Motto: Meine Geschäftsgebahren gehen niemanden etwas an, schon gar nicht die Mitarbeiter. Gerade die Informationen über Wirtschaftsdaten sind jedoch das Kernelement der Tätigkeit europäischer Betriebsräte. Bei der heutigen Medienkonzentration und dem dadurch möglichen Mißbrauch ist die Offenlegung und Transparenz der wirtschaftlichen Verhältnisse und Verflechtungen notwendiger denn je. Aber davon scheint die *connection* Kohl und Kirch mit ihrem Berater Berlusconi nichts zu halten. Wir erwarten zumindest, daß der Rat den Ausschlußvorschlag zur Einschränkung der Klausel akzeptiert. Damit würde der Tendenzschutz auf die Länder beschränkt - darunter leider auch Deutschland -, in denen er bereits in der nationalen Gesetzgebung vorhanden ist. Bis auf diesen Punkt ist die Richtlinie praxisnah und überfällig. Die deutschen Sozialdemokraten werden die Richtlinie daher akzeptieren.

Barbara Weiler (S&D). - Vielen Dank Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass wir heute doch noch zu dieser Debatte kommen, weil es meine letzte Rede sein wird in dieser Legislaturperiode und außerdem mein letzter Bericht für den Binnenmarktausschuss und ich möchte hinzufügen, es ist auch ein Highlight für mich, denn dieses tolle Ergebnis konnten wir nicht von vorneherein erwarten, was wir erreicht haben.

Ich möchte auch allen Shadows herzlich danken. Ohne unseren Zusammenhalt hätten wir mit dem etwas zögerlichen Rat nicht diese zukunftsweisende Vereinbarung vorlegen können. Der COREPER hat bereits am 17. Januar zugestimmt, der IMCO-Ausschuss ebenfalls und morgen bitte ich um das Votum des gesamten Europäischen Parlaments. Ein scheinbar kleines Detail ist in den Medien zum großen Hit geworden, nämlich das einheitliche Ladegerät für Handys und andere kleine Geräte und die öffentliche Zustimmung ist auch berechtigt. Es geht um Bürokratieabbau und vielleicht noch wichtiger um Müllvermeidung. Mehr als 50.000 Tonnen Elektromüll fallen jährlich bisher an. Das wird demnächst ein Ende haben.

Es gibt auch eine pikante Vorgeschichte. Bereits Kommissar Verheugen und Kommissar Tajani haben sich bemüht, eine Regelung für einheitliche Ladegeräte zu finden. 2009 gab es dann mit 14 führenden Herstellern eine freiwillige Vereinbarung, die aber nur bis Ende 2012 hielt und darum haben wir, die Abgeordneten, die Initiative ergriffen und das ist also auch gut so. Ich erwarte nun eine konstruktive Zusammenarbeit von den Herstellern mit der Kommission, mit dem neuen Parlament für neue innovative Lösungen und ich appelliere hier an die Kollegen und Kolleginnen, die vielleicht nach der Wahl wiederkommen, den Fortgang ganz genau zu beobachten, denn sicher müssten die Mitgliedstaaten Interesse haben an dieser Lösung, aber ich vertraue eigentlich mehr den Abgeordneten, dass sie das zu einem vernünftigen Ende bringen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mobile Kommunikation hat auch in Zukunft ein großes Potential, das haben wir auch an den Debatten eben gehört, aber umso wichtiger ist die störungsfreie Anwendung und ich will einige weitere Ergebnisse aufzählen, die wir erreicht haben und die ja auch nicht unerheblich sind. Zum einen der Schutz der Verbraucher. Die Verbraucherorganisationen werden in Zukunft bei der regelmäßigen Evaluierung umfassend einbezogen. Wir haben eine Modernisierung dieses Gesetzes erreicht mit Anpassungen an andere bestehende Richtlinien. Es ist ein effizientes Instrument, um Störungen zwischen verschiedenen Geräten zu verhindern. Wir haben eine effizientere Marktüberwachung erreicht, die Produktgruppen, die negativ auffallen, auch leichter überprüfen und zentral registrieren können. Wir haben eine vereinfachte gemeinsame Regel zur Konformitätserklärung. Dazu muss man erwähnen, dass zum Teil bisher nur 30 bis 50 Prozent Konformität festgestellt werden kann. Die neue Regelung ist auch für die KMUs eine große Vereinfachung. Wir haben grundlegende Sicherheitsanforderungen in diesen Entwurf eingebracht und auch Gesundheitsschutzforderungen. Denn viele Bürger haben sich schon wegen der zunehmenden elektronischen Anwendungen und Möglichkeiten auch Sorgen gemacht um Gesundheitsschutz.

Mit diesem Gesetz werden wir aber auch - und das ist auch unser Anliegen im Binnenmarktausschuss - die Wettbewerbschancen der europäischen Elektronikindustrie erheblich verbessern. Also eine klare Win-Win-Situation. Danke.



... bis zur Funkanlagenrichtlinie mit dem einheitlichen Handy-Ladegerät am 12. März 2014.

VON ARBEITNEHMERRECHTEN BIS ZUR BEKÄMPFUNG DES ZAHLUNGSVERZUGS



Die Vorbereitung der Parlamentsarbeit im Plenum findet in Ausschüssen statt. Die ersten zehn Jahre ab 1994 war ich im **Ausschuss für Beschäftigung und Soziales (EMPL)** tätig, anschließend für zehn Jahre im **Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO)**. Darüber hinaus bin ich Mitglied gewesen im **Untersuchungsausschuss zum Unglück des Öltankers „Prestige“**, im **Sonderausschuss CRIM** und in der **ASEAN-Delegation**.

Einige besonders wichtige Dossiers während meiner 20-jährigen Parlamentszeit findet Ihr auf dieser Seite.

■ IMCO

- Harmonisierung der Rechtsvorschriften über Funkanlagen (Einführung einheitliches Handy-Ladegerät)
- Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr
- Unlautere Geschäftspraktiken und irreführende Werbung
- Öffentlich-private Partnerschaften und die gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften für das öffentliche Beschaffungswesen und Konzessionen
- Anerkennung von Berufsqualifikationen
- Europäisches Kino im digitalen Zeitalter



Pressekonferenz zur Abstimmung der Zahlungsverzugsrichtlinie mit Olivier Chastel (belgischer Europastaatssekretär)

■ EMPL

- Europäische Betriebsräte
- Arbeitsschutz
- Beschäftigungspolitische Leitlinien 2002
- Leonardo-Programm
- Antidiskriminierung



S&D-Frauenpower: mit meinen Kolleginnen Fiorella Ghilardotti und Helle Thorning-Schmidt

■ CRIM-SONDERAUSSCHUSS

Der Ausschuss untersuchte von 2012 bis 2013 die Unterwanderung von Wirtschaft, öffentlicher Verwaltung und Finanzsystemen durch organisiertes Verbrechen in EU-Ländern und entwickelte Lösungsstrategien.

■ ASEAN-DELEGATION

Delegation für die Beziehungen zu den Ländern Südostasiens und der Vereinigung südostasiatischer Staaten (ASEAN)



Mit Aung San Suu Kyi in Myanmar

Tschüss aus Brüssel und Straßburg, aber ...



... ich bleibe Euch erhalten in Fulda, in Hessen und in Europa.

